

Darmstadt, den _____

Frau Präsidentin
der Hochschule Darmstadt

im Hause

Beschäftigung studentischer Hilfskräfte zur Wahrnehmung von nebenberuflichen Dienstleistungen

☐ in Tutorien

☐ in der Forschung

☐ in der Lehre

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich beantrage, als studentische Hilfskraft

☐ einzustellen

☐ weiter zu beschäftigen

(erstmalige Beschäftigung: WS/SS)

Name: _____

E-Mail: _____

Adressenänderung: ☐ nein, falls ☐ ja: _____

_____ Tel.-Nr.: _____

Änderung der Bankverbindung: ☐ nein, falls ☐ ja: _____

BLZ: _____ Kto.-Nr.: _____

Beschäftigungszeitraum: von _____ bis _____

Monatliche Arbeitszeit: _____

Bezeichnung der Dienstleistung, die die studentische Hilfskraft erbringt: _____

☐ Kostenstelle: _____ oder ☐ Kostenträger: _____

Verantwortlicher Leiter: _____

Dekanin / Dekan

Anlagen:

☐ Personalbogen

☐ Sicherheitsbelehrung

☐ Lohnsteuerkarte

☐ Studienbescheinigung

☐ Erklärung zur Soz.-Versicherung

☐ (Aufenthalts- bzw. Arbeitserlaubnis bei ausländischen Studierenden)

Personalbogen für studentische Aushilfen

Name: _____

Vorname: _____

Geburtsdatum: _____ Geburtsort, Land: _____

Anschrift: _____

_____ Tel.: _____

Staatsangehörigkeit: _____ Familienstand: _____
(ggf. Aufenthaltserlaubnis u. Arbeitserlaubnis beifügen)

Mitglied folgender Krankenkasse: _____

Sozialversicherungsnummer: _____

Bankverbindung:

Geldinstitut

Kto.-Nr.

BLZ

Ich versichere, dass meine Angaben der Wahrheit entsprechen.

Ort und Datum

Unterschrift (stud. Hilfskraft)

SICHERHEITSBELEHRUNG

Frau/Herr.....
geb. am.....
eingestellt als Hilfskraft im Fachbereich ist heute vor Beginn der Tätigkeit
gemäß HPVG über Unfallverhütungsvorschriften unterwiesen worden.

Themen der Unterweisung

Allgemeines über den Arbeits- und Gesundheitsschutz

Meldepflicht von Arbeits- und Wegeunfällen

Aufgaben und Verantwortung der Hilfskraft

Art der Tätigkeit und Einordnung in den Arbeitsablauf
Erläuterungen über Inhalt und Anwendung von
Dienstanweisungen

Erläuterungen über die bei der Tätigkeit auftretenden Gefahren
und über Maßnahmen (Schutzausrüstung, Schutzeinrichtungen,
sicherheitsgerechtes Verhalten).

Informationen über das Verhalten in Brand-Katastrophenfällen
und bei Unfällen sowie über Personen und Stellen, die umgehend
zu informieren sind.

Unterweisung durch

Datum

Stud. Hilfskraft

Fragebogen zur Sozialversicherung (zur Vorlage bei der HBS)

Name, Vorname / Telefonnummer

Geschäftszeichen aus Anschreiben

Haben Sie in den letzten 12 Monaten Arbeitslosengeld,- hilfe bezogen oder waren Sie beim Arbeitsamt als Arbeitssuchender gemeldet ?

Ja/nein

☐ ☐

Beschäftigungen in den letzten 12 Monaten vor Aufnahme der Tätigkeit:

Name und Anschrift
Arbeitgeber:

beschäftigt von bis

mtl. Entgelt €

wöchentl.
Arbeitszeit

Wöchentl.
Arbeitstage

Üben Sie zur Zeit noch eine weitere Beschäftigung bei anderen Arbeitgeber aus ?

Name und Anschrift Arbeitgeber

beschäftigt von
bis

mtl.
Entgelt

wöchentl.
Arbeitszeit

wöchentl.
Arbeitstag

Die Aufnahme einer Beschäftigung ist unverzüglich anzuzeigen

Sind Sie hauptberuflich selbständig erwerbstätig ?

☐ ☐

Sind Sie Beamter, Richter, Soldat auf Zeit, Berufssoldat ? bitte Rückseite beachten

☐ ☐

Beziehen Sie eine eigene Rente ?

☐ ☐

Wenn ja bitte Kopie des Rentenbescheides (Blatt 1 und 2 vorlegen)

Sind Sie zur Zeit an einer Hochschule immatrikuliert ?

☐ ☐

Wenn ja, bitte aktuelle Studienbescheinigung beifügen (sofern noch nicht eingereicht)

Wird ausschließlich eine befristete Aushilfstätigkeit während der Semesterferien ausgeübt ?

☐ ☐

Liegt bereits ein Studienabschluß vor ?

☐ ☐

(Wenn ja, wann und welche Fachrichtung ?)

Wenn ja, betreiben Sie Ihr jetziges Studium

☐ nur zur Promotion ?

☐ Als Aufbau oder Zweitstudium ? Fachrichtung: |

Schließt dieses Studium mit einer Hochschulprüfung/ Staatsexamen ab ?

☐ ☐

Angaben zur Krankenversicherung

In welcher Krankenkasse besteht eine ☐ Mitgliedschaft seit

☐ Familienversicherung über

Name und Sitz der Krankenkasse

Wenn private Krankenkasse: Bestand früher eine Mitgliedschaft/ Familienversicherung in einer gesetzl. Krankenkasse ?

Name und Sitz der Krankenkasse

Mitgliedsbescheinigung bitte beifügen !

Ihre Sozialversicherungsnummer lautet:

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Erklärung zur Rentenversicherungsfreiheit (zusätzliche Erläuterungen siehe Rückseite)



Ich möchte keinen eigenen Anteil zur Rentenversicherung entrichten.



Ich wünsche ab _____ die unwiderrufliche Aufstockung des Pauschalbeitrages von 12 % zur Rentenversicherung durch meinen Arbeitnehmeranteil von 7,5 % auf 19,5 %, sofern die Voraussetzungen einer geringfügigen Beschäftigung vorliegen!

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

bitte wenden

-siehe Rückseite-

zu Punkt 5 für Beamte, Richter, Soldaten auf Zeit, Berufssoldaten

Sind Sie beurlaubt ?

ja / nein

☐ ☐

wenn ja, Grund

Verfügung über den Sonderurlaub beifügen

Besteht während der Beurlaubung Anspruch auf Beihilfe ?

☐ ☐

- Bescheinigung der Beihilfestelle beifügen

Besteht eine Beihilfeberechtigung beim Ehegatten

☐ ☐

Hinweise über die Möglichkeit des Verzichts auf die Rentenversicherungsfreiheit

Geringfügig entlohnte Beschäftigte mit einem monatlichen Einkommen von regelmäßig nicht mehr als 400 € haben die Möglichkeit, auf die Rentenversicherungsfreiheit zu verzichten (§ 5 Abs. 2 Satz 2 SGB VI) und dadurch Leistungsansprüche in der Rentenversicherung zu erwerben.

Ein solcher Verzicht muss schriftlich gegenüber dem Arbeitgeber erklärt werden.

Der Verzicht auf die Rentenversicherungsfreiheit gilt für die gesamte Dauer der geringfügigen Beschäftigung (bzw. für alle zu diesem Zeitpunkt ausgeübten geringfügigen Beschäftigungen) und kann nicht widerrufen werden.

Die Verzichtserklärung verliert mit der Aufgabe der (letzten) geringfügig entlohten Beschäftigung ihre Wirkung. Nimmt der/die Beschäftigte danach erneut eine geringfügige Beschäftigung auf und will auf die Rentenversicherungsfreiheit verzichten, dann muss dem neuen Arbeitgeber wiederum eine schriftliche Verzichtserklärung vorgelegt werden; dies gilt auch dann, wenn sich die neue Beschäftigung nahtlos an die bisherige Beschäftigung anschließt.

Bei einem Verzicht auf die Rentenversicherungsfreiheit ist der "normale" Beitragssatz in der Rentenversicherung in Höhe von 19,5 % zugrunde zu legen. Allerdings gilt nicht das allgemeine Prinzip, dass sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Beiträge je zur Hälfte teilen. Vielmehr entfallen auf den Arbeitgeber 12 % des tatsächlichen Arbeitsentgeltes. Mit 7,5 % stockt der/die Arbeitnehmer/in den Rentenbeitrag auf (siehe Beispiel 1).

Grundsätzlich sind auch bei einem Verzicht auf die Rentenversicherungsfreiheit die Rentenversicherungsbeiträge vom tatsächlichen Arbeitsentgelt zu zahlen. Allerdings gilt ein monatliches "Mindestentgelt" in Höhe von 155 €.

Dies bedeutet: Liegt das Entgelt des/der Beschäftigten unter 155 €, hat der Arbeitgeber vom tatsächlich gezahlten Entgelt Beiträge in Höhe von 12 % zu entrichten; der/die Arbeitnehmer/in trägt die Beiträge bis zum (aus dem Mindestentgelt errechneten) Mindestbetrag in Höhe von 30,23 € allein (siehe Beispiel 2).

Beispiel 1:	Monatliches Entgelt :	250,00 €
	Rentenversicherungsbeitrag	
	Arbeitgeber 250,00 € x	12,0 % 30,00 €
	Arbeitnehmer 250,00 € x	7,5 % 18,75 €

Beispiel 2:	Monatliches Entgelt :	100,00 €
	Mindestentgelt: 155,00 €	Mindestbeitrag 155,00 € x 19,5 % = 30,23 €
	Rentenversicherungsbeitrag	
	Arbeitgeber 100,00 € x	12,0 % 12,00 €
	Arbeitnehmer 100,00 € x	7,5 % 7,50 €
	55,00 € x	19,5 % 10,73 €
		<u>30,23 €</u>

Jrschriftlich zurück

Hessische Bezügestelle
Postfach 10 41 29

34041 Kassel